

Der Anfang vom Ende

Die SPD hat Zeichen gesetzt: Mithilfe einer „Allianz“ jenseits des christdemokratischen Kooperationspartners hat sie der dritten Gesamtschule in Leverkusen den Weg geebnet. Gleichzeitig hat sie den Anfang vom Ende der Große Koalition eingeläutet und den Vertrag mit der CDU gebrochen. Da verfängt auch nicht der herunter spielende Hinweis von SPD-Fraktionschef Walter Mende, auch bei der CDU habe es schon mal einen Sündenfall gegeben.

Will die SPD die Gesamtschule tatsächlich realisieren,



Rainer Schmidt zum Zustand der Großen Koalition im Stadtrat

so muss sie fortan noch mehrfach sündigen, denn einige weitere Ratsbeschlüsse sind notwendig, bis die Schule den Lehrbetrieb aufnehmen kann, und jedes Mal wird die SPD wieder die CDU brüskieren und überstimmen müssen.

Das kann sich die CDU-Fraktion nicht gefallen lassen, und dennoch wirkt deren Vorsitzender Klaus Hupperth merkwürdig hilflos. Zwar stellte er unmissverständlich fest, die SPD habe den Kooperationsvertrag gebrochen, doch welche Konsequenzen seine Fraktion daraus zu ziehen gedenkt, vermochte Hupperth nicht zu sagen. Er müsse erst mal mit seiner Fraktion reden. So neu aber war die Sache am Tag der Ratssitzung nicht mehr. Spätestens am Donnerstag vergangener Woche, als der gemeinsame Antrag der „Gesamtschulallianz“ schriftlich vorlag, war klar, dass die SPD die Koalition brechen würde.

Wie auch immer die Sache ausgehen mag, sollte die Große Koalition brechen, der Schaden hielte sich in Grenzen. Die beiden großen Themen Bäderlandschaft und Neugestaltung der City sind politisch abgearbeitet, und bis zum Ende der Wahlperiode im Herbst 2009 würde das Bündnis sowieso nicht halten. Spätestens in einem Jahr muss die CDU beginnen, sich gegen die SPD zu profilieren und einen eigenen OB-Kandidaten aufbauen. Dies erst recht, falls OB Ernst Küchler sich zur Wiederwahl stellt.

Redaktion für die Ausgaben Leverkusen / Rhein-Wupper: Rainer Schmidt (verantwortlich), Thomas Esch, 51373 Leverkusen, Friedrich-Ebert-Platz 5, Ruf (0214) 83 10 10. Telefax für Redaktion: (0214) 83 10 37. E-Mail: redaktion.leverkusen@ksta.de
Abonnenten-Service Tel. 01802/30 32 33, Fax 02 21/224-23 32
Anzeigen-Service Tel. 01804/02 04 00, Fax 02 21/224-24 91

Niemandland
Keiner ist zuständig für den „Grün“-Streifen SEITE 34

Wie Müll zu Geld wird
Was die Avea mit dem Schutt aus der City macht SEITE 35

Jugendchor „Once Again“
Mitglieder erklären, warum Singen Spaß macht SEITE 40

Dritte Gesamtschule

CDU bangt um eines der Gymnasien

Mit den Stimmen von SPD, Bürgerliste, Grünen und Pro Op beschloss der Rat am Montag die Einrichtung einer dritten Gesamtschule. CDU und FDP sind strikt dagegen.

VON RAINER SCHMIDT

Zugegeben, ein Hintertürchen hat man sich noch offen gelassen. Der Bedarf muss noch offiziell ermittelt werden, bevor der endgültige Beschluss für die Einrichtung einer dritten Gesamtschule fallen kann. Für die kurzfristige neue Ratsmehrheit aber, die sich am Montag eigens für den Tagesordnungspunkt 24 gebildet hatte, liegt auf der Hand: Der Bedarf ist vorhanden.

So argumentierte denn auch Eva Lux, jugendpolitische Sprecherin der Fraktion und Vorsitzende der Leverkusener SPD: „Die Schuwahlentscheidung von Eltern ist in diesem Jahr allein für Gesamtschulen in NRW 16 000 Mal abgelehnt worden, davon 129 Mal in Leverkusen.“ Der Elternwille aber sei eindeutig. Viele Eltern wollten, dass ihr Kind eine Gesamtschule besuchen. In Leverkusen aber seien die beiden

vorhandenen „voll bis unters Dach.“ Vor einer „bildungspolitischen Zukunftsinvestition“ dürfe sich auch eine Stadt im Nothaushalt nicht drücken. Die SPD jedenfalls sei bereit, das notwendige Geld für die dritte Gesamtschule aufzutun.

Ganz anders sah das der Koalitionspartner von der CDU, sprach von Verschwendung von Steuergeldern und Gefährdung des Schulfriedens. Bernhard Marewski, schulpolitischer Sprecher der Fraktion, erklärte: „Wir haben in Leverkusen eine ausgezeichnete Schullandschaft“, die praktisch allen Neigungen und Interessen von Schülerinnen und Schülern entgegen komme. Dieses „wohl funktionierende Schulwesen“ gerate nun aus ideologischen Gründen in Gefahr, erklärte Marewski und warf der SPD vor, die dritte Gesamtschule im Hau-Ruck-Verfahren durchsetzen zu wollen.

Das Verfahren bemängelte auch FDP-Fraktionschefin Hiltrud Meier-Engelen. Der Antrag der vier Fraktionen sei in den Ausschüssen inhaltlich nicht vorbereitet worden. Dem widersprach Walter Mende (SPD). Der Schulausschuss haben den Fall in den Rat überwiesen, und Thomas Wolf (Pro Op) konterte, von einem Hauruck-Verfahren

könne keine Rede sein. „Unser Antrag ist schließlich schon zwei Jahre alt“. Erhard T. Schoofs, Vormann der Bürgerliste im Rat, ließ keinen Zweifel an der Notwendigkeit einer dritten Gesamtschule: „Das dreigliedrige Schulsystem hat eindeutig versagt“. Roswitha Arnold, Fraktionschefin der Grünen, warf der CDU vor, sie wolle die Ergebnisse der Pisa-Studie immer noch nicht zur Kenntnis nehmen. Nicht grundsätzlich gegen die dritte Gesamtschule zeigte sich die UWG. Deren Vertreter, Reinhard Vozelj, aber wollte zunächst wissen, welche Schule dafür geschlossen werden müsse.

Das wiederum war für CDU-Fraktionschef Klaus Hupperth völlig klar: „Es bleibt nur übrig, ein Gymnasium zu schließen – das Landrat-Lucas-Gymnasium oder das Werner-Heisenberg-Gymnasium, wenn man eine dritte Gesamtschule fordert.“ Dem widersprach SPD-Fraktionschef Walter Mende vehement. Die CDU baue einen Popanz auf. Die SPD denke überhaupt nicht daran, ein Gymnasium oder eine Realschule zu schließen. „Für so blöd können Sie uns nicht halten. Wir sind doch keine politischen Selbstmörder.“

Der Beschluss im Wortlaut

Die Stadt Leverkusen richtet zum Schuljahr 2008/2009 eine Gesamtschule als Schule der Sekundarstufe I und II im Stadtbezirk Leverkusen II ein, die als Ganztagschule geführt wird. Die Verwaltung unternimmt alles dafür rechtlich Notwendige. Insbesondere wird die rechtlich vorgeschriebene Feststellung des Elternwillens in einem geeigneten und zulässigen Verfahren bis zum Jahresende 2007 durchgeführt. Dabei ist der Zweck der Umfrage den Eltern

transparent zu machen und der Bedarf gesamtstädtisch zu erheben. Wenn das Ergebnis den Bedarf für eine dritte Gesamtschule ergibt, werden unverzüglich die nächsten Schritte unternommen. Kostenermittlungen für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einrichtung der dritten Gesamtschule sind durchzuführen und die notwendigen Ansätze für das Jahr 2008 bei der Erstellung des Haushalts-Planentwurfs einzuarbeiten. Die Verwaltung sorgt dafür, dass

die in der Begründung dargestellten weiteren Schritte zur Realisierung der dritten Gesamtschule und sich daraus ergebende schulorganisatorische Maßnahmen eingeleitet werden. Die Einrichtung einer dritten Gesamtschule ist bei der Überarbeitung der Teilschulentwicklungspläne zu berücksichtigen. Veränderungen der Schullandschaft durch die Einrichtung einer dritten Gesamtschule sind darzustellen. (ras)

„Überhaupt keine Auswirkungen“

Was halten die Leiter der weiterführenden Opladener Schulen von einer dritten Gesamtschule?

VON HARTMUT ZITZEN

„Um meine eigene Schule mache ich mir keine Sorgen. Aber ich glaube auch nicht, dass darunter keine Schule leiden wird.“ Jutta Hoedeschneckenburger, die Leiterin der Theodor-Heuss-Realschule, bezeichnet den Ratsbeschluss zur Einrichtung einer Gesamtschule im Raum Opladen als eine „politische Entscheidung“, die sie nicht kommentieren wolle. Allerdings wundere sie sich schon ein wenig darüber, dass für einen Ganztagsbetrieb der

Hauptschulen kein Geld vorhanden sei, wohl aber für eine dritte Leverkusener Gesamtschule.

Dass die nicht ohne Auswirkungen auf die Katholische Hauptschule Im Hederichsfeld bleiben würde, glaubt deren Leiterin Natali Schoroth-Prang. Wie sich die Dinge genau entwickeln werden, sei schwer vorauszusagen, aber schon heute habe ihre Hauptschule etliche Schülerinnen und Schüler, die von den bestehenden Gesamtschulen nicht angenommen worden seien – „die würden uns dann natürlich fehlen“. Grundsätzlich verteidigt sie die Existenzberechtigung der Hauptschulen, die ihre eigenen Vorteile wie kleinere und überschaubare

Strukturen hätten. Da die Eröffnung der dritten Gesamtschule aber voraussichtlich in ferner Zukunft liege, warte das Kollegium einweilen gelassen ab.

„Überhaupt keine Auswirkungen“ erwartet dagegen Joachim Nielen, der stellvertretende Leiter der Marienschule. „Abgesehen davon, dass wir eine gymnasiale Angebotsschule sind, haben wir ein überregionales Einzugsgebiet und sind deswegen nicht vom Standort Opladen abhängig“, sagte Nielen, der außerdem darauf hinwies, dass die Kirche keinerlei ideologische Vorbehalte gegen Gesamtschulen hege – „das Erzbistum betreibt schließlich selbst welche“.

FROSTIGE VORBOTEN



Am Kurtekotten entdeckt von

RALF KRIEGER

„SPD hat Vertrag verlassen“

Manchmal ist es auf den Fluren des Verwaltungsgebäudes am Goetheplatz interessanter als im Ratssaal. So am Montag, als CDU-Fraktionschef Klaus Hupperth die soeben gefallene Entscheidung über die dritte Gesamtschule kommentierte. „Die SPD hat klar den Kooperationsvertrag verlassen“, wertete der CDU-Obmann das Ausscheren der Sozialdemokraten aus der großen Koalition. Man habe vereinbart, sich in wichtigen stadtpolitischen Fragen eng abzustimmen, und das sei nicht geschehen. „Die SPD-Fraktion wird sich erklären müssen.“ Welche Konsequenzen die CDU daraus ziehen werde, das konnte oder wollte Hupperth noch nicht sagen. Darüber werde seine Fraktion auf einer Klausurtagung am 2. November beraten.

Kurze Zeit später, der selbe Flur, die andere Meinung: Die Kooperation mit der CDU sehe er keineswegs als gefährdet an, verkündete ein gut gelaunter SPD-Fraktionschef Walter Mende. Einen Sündenfall habe sich schließlich die CDU auch schon geleistet, meinte er, und verwies auf das abweichende Stimmverhalten der Christdemokraten in Sachen Gartencenter auf der Bullenwiese. Zudem, so Mende, seit dem SPD-Parteitag vor zwei Monaten habe der CDU eigentlich klar sein müssen, was da auf sie zukomme. Und außerdem, so verriet Mende der Presse, habe er vor einer Woche der CDU im engsten Kreis einen Hinweis gegeben. (ras)

Kommentar

RÄUMUNGSVERKAUF
Wir müssen schließen, unser Mietvertrag läuft aus. **Nur noch wenige Tage**
BERGISCHES TEPPICHHAUS QUALITÄT UND VERTRAUEN SEIT 1968
51465 Bergisch Gladbach · Hauptstrasse 205 · Konrad-Adenauer-Platz im Zentrum direkt am Rathaus/St. Laurentius-Kirche · Tel. 02202/294987
Alle Teppiche **70% reduziert!** jetzt bis zu
Wir haben die Preise nochmals radikal gesenkt!
Öffnungszeiten: Mo. bis Fr. 10-19 Uhr und Sa. 10-16 Uhr